

Der Vollzugsdienst

1/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Des Dramas letzter Akt ...
Revisionsentscheidung des
BGH: FREISPRUCH !**

Vorgaben des Vollzugsgesetzes in
Rheinland-Pfalz maßgeblich

Seite 1

**Themen, die nie enden
und in allen Bundesländern
bewegen**

„Auf ein Wort“ zur beruflichen
Realität im Justizvollzug

Seite 41

**Alterssicherung: Schlägt im März
2020 die Stunde der Wahrheit
für die Beamtenversorgung ?**

Rentenkommission wird grundlegende
Vorschläge unterbreiten

Seite 57



**BSBD bei der Jahrestagung
des dbb 2020 in Köln gut vertreten.**

Mehr dazu: ab Seite 4



BUNDESHAUPTVORSTAND



SAARLAND

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Des Dramas letzter Akt ...
BGH spricht Rheinland-Pfälzer Kollegin und Kollegen frei
- 2 Gewalt gegen Bedienstete im Justizvollzug
- 3 Ländertreffen 2019 auf der Insel Reichenau – Exkursion in die JVA Saxeriet in der Schweiz
- 4 BSBD bei der Jahrestagung 2020 des dbb gut vertreten
- 6 Erstmals Frauenvertreterinnen auf der dbb Jahrestagung
- 6 Guter Rechtsschutz: Wichtige Säule der Gewerkschaftsarbeit
- 7 Kommentar von René Müller: Innovation vs. Rückschritt
- 8 2. dbb Bundessenorenkongress tagte in Berlin
- 8 Seminar zum Thema Mitgliederwerbung/Mitgliedergewinnung

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 23 Bayern
- 27 Berlin
- 31 Brandenburg
- 33 Hamburg
- 38 Hessen
- 46 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 69 Saarland
- 72 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein
- 81 Thüringen
- 73 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2020:



15. April 2020

Personalgewinnung auf anderem Niveau

Das Land Sachsen-Anhalt ist bemüht Personal zu gewinnen und konzentriert sich letztendlich nur auf einen Personenkreis zwischen 20 bis 36 Jahren für den mittleren allgemeinen Vollzugsdienst. Einzige Ausnahme, Soldaten die mindestens 12 Jahre gedient haben, können am Tage der Einstellung auch älter als 36 Jahre alt sein.

Warum erweitert man nicht die Altersgrenze beziehungsweise setzt einen zweiten Einstellungskorridor von 37 bis 45 Jahren und versucht diesen unter anderen Bedingungen umzusetzen. Unter anderen Bedingungen versteht man eine Einstellung auf Angestelltenbasis in der Tarifentgeltgruppe E 6. Diese Personen müssen am Grundlehrgang teilnehmen bzw. man organisiert einen speziell für diese Personengruppe neuen Grundlehrgang.

Nach mindestens 18 Monaten sollte diese Personengruppe eine Übernahme in das **Beamtenverhältnis auf Zeit** angeboten bekommen, so dass sie im Nachgang nicht schlechter gestellt sind, als die übrigen Bediensteten, welche im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit stehen.

Nach Erreichen des regulären Pensionseintrittsalter von 62 Jahren werden sämtliche Ansprüche in die Renten- und Arbeitslosenversicherung nachgezahlt. Dieses Prinzip ist nicht von irgendwo weit hergeholt, sondern wird seit Jahrzehnten in der Bundeswehr praktiziert.

Ein Zeitsoldat hat zwei Optionen nach Erreichen seines Dienstzeitendes:

1. er wird direkt im öffentlichen Dienst als Beamter, egal mit oder ohne Vorbereitungsdienst übernommen, so werden seine Dienstjahre auf die Pension angerechnet oder
2. er verlässt die Bundeswehr und findet Arbeit in der freien Wirtschaft, so werden die Dienstjahre in der Renten- und Arbeitslosenversicherung nachversichert.

Auch Verwaltungsgemeinschaften nutzen dieses Prinzip, in dem der Leiter einer Verwaltungsgemeinschaft für eine Legislaturperiode als Beamter auf Zeit diese Aufgabe wahrnimmt.

Sollte er für keine zweite Legislaturperiode gewählt werden oder für sich entschieden haben nicht wieder gewählt zu werden, so scheidet dieser aus und wird entsprechend nachversichert.

Auf einen Versuch sollte man es ankommen lassen.

Die Bundeswehr macht es vor und hat damit keine schlechten Erfahrungen gesammelt und wir als kleines Bundesland könnten hier Mut zeigen und uns diesem Prinzip anschließen.

Gedanken und Überlegungen

bzw. Anregungen eines Mitglieds des BSBD S/A

Aus dem Herzen gesprochen ...

Auszug aus der Rede des dbb Vorsitzenden Ulrich Silberbach vom 6. Januar 2020

Der öffentliche Dienst in Deutschland ist ein Sanierungsfall – rund 300.000 Beschäftigte fehlen aktuell. dbb Chef Ulrich Silberbach fordert deshalb bei der dbb Jahrestagung in Köln massive Investitionen in den Staatsdienst.

Wenn wir uns die aktuelle Gesprächs- und Streitkultur in unserem Land anschauen, dann müssen wir zunächst einmal festhalten, dass durch das Internet und seine sozialen Netzwerke Kommunikation nicht nur beschleunigt wird, sondern auch vielstimmiger und letztlich vielfältiger. Das ist grundsätzlich erstmal etwas Wunderbares. Etwas zutiefst Demokratisches. Jeder kann mitmachen, jeder kann zuhören und mitreden. Leider heißt das aber nicht zwingend, dass es bei politischen Diskussionen immer sachlich zugeht und anständig um die besten Argumente gerungen wird.

Wir sind vielmehr ordentlich gefordert: durch Verkürzung, Aufregung bis zur Hysterie, sogar Manipulationsversuche. Durch einen mehr und mehr enthemmten Populismus, der auch nicht davor zurückschreckt, Halbwahrheiten und auch glatte Lügen zu verbreiten, unsere freien unabhängigen Medien

zu verunglimpfen und unseren Rechtsstaat herabzuwürdigen. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Stabilität und die demokratischen Strukturen, die wir in Deutschland haben, nicht selbstverständlich sind.

Das stimmt mich sowohl als Bundesvorsitzenden des **dbb** als auch als Bürger dieses Landes sehr nachdenklich. Ja! Eine ordentliche Streitkultur gehört zu einer lebendigen Demokratie! Aber wenn Streitkultur durch Hass, Hetze, Fake-News und eine Verrohung von Sprache und Umgang geprägt ist, dann nenne ich das Unkultur. Und was noch viel schlimmer ist: Der Schritt zur Gewalt ist dann häufig auch nicht mehr weit!

An dieser Stelle sagen wir ganz klar: Das darf nicht sein! Das geht uns alle an! Auch uns als gewerkschaftliche Spitzenorganisation und den gesamten öffentlichen Dienst!

Uns geht es besonders deshalb etwas an, weil es unsere Kolleginnen und Kollegen sind, die leider allzu häufig die Folgen von Auseinandersetzung, Beleidigung und Gewalt zu spüren bekommen. Im schlimmsten Fall trifft es sie selbst – wir kennen diese Schlagzeilen doch alle. Noch immer sind wir alle zutiefst erschüttert vom jüngsten An-

schlag hier in Köln, wo kurz vor Weihnachten ein Mitarbeiter der Stadt bei einem Außendienst-Einsatz erstochen wurde. Unfassbar. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Angriffen auf Feuerwehrleute, Verwaltungsmitarbeiter oder Polizisten zu hören ist. Alle Berufe im öffentlichen Dienst sind betroffen. Ganz gleich, ob Lehrerinnen und Lehrer, Rettungskräfte, Sozialarbeitende, Polizistinnen und Polizisten – es scheint fast so, als sei der Dienst für Staat und Allgemeinheit mittlerweile geradezu eine Einladung an Dritte, sich gegenüber diesen Menschen im Dienst der Menschen abfällig, respektlos und aggressiv zu verhalten.

Es sind aber genau diese Kolleginnen und Kollegen, die an vorderster Front dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert.

Dass wir in Sicherheit leben können, dass die Regeln für unser Zusammenleben eingehalten werden, dass Recht und Ordnung Gültigkeit haben. Dass die Kleinen betreut und ausgebildet werden, dass stets jemand da ist, der sich kümmert. Dafür haben all die 4,6 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst Wertschätzung, Respekt und Unterstützung verdient. Und sie verdienen unseren Rückhalt und unseren Schutz.

Von der Politik, von der Gesellschaft und natürlich auch von ihren Gewerkschaften. Deswegen sage ich den Kolleginnen und Kollegen: Ihr könnt auf uns zählen! Wer Euch angreift, greift uns alle an!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns wirklich einmal fragen: Was ist denn bloß los hier in unserem Land?

Seit geraumer Zeit untersuchen wir mit unserer jährlichen Bürgerbefragung, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dabei wird Jahr für Jahr deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sich einen verlässlichen Staat wünschen. Zugleich halten jedoch mittlerweile 60 Prozent der Befragten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert. Das ist ein alarmierendes Anzeichen für den Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit unseres Staates. Und das kommt nicht von ungefähr. Im Gegenteil. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes können Ihnen genau sagen, warum wir in dieser Schieflage sind. Wenn es bei den Berufsfeuerwehren brennt, wenn nahezu bundesweit Jugendämter, Schulen und Kitas Landunter melden, wenn Gesundheitsämter und medizinische Dienste so ausgedünnt sind, dass sie Schul- und amtärztliche Untersuchungen, Hygienekontrollen nicht mehr ordnungsgemäß durchführen können, wenn Verfahren bei Gericht auf Halde liegen und so lange dauern, dass Tatverdächtige aus der U-Haft entlassen werden müssen, wenn man monatelang auf einen Termin im Bürgeramt warten muss...

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn der Staat immer häufiger versagt, dann bleibt das doch den Menschen, die hier leben, nicht verborgen. Die sind doch vollkommen zu Recht völlig fassungslos darüber, dass ihr Staat das nicht hinbekommt. Dass er nicht da ist. Dass er sich nicht durchsetzen kann, wenn es darauf ankommt. Die einen freut das und ermuntert sie, sich erst recht daneben zu benehmen. Die vielen Rechtschaffenen dagegen macht das im besten Fall ratlos. Es macht aber auch sauer. Und respektlos. Und aggressiv. Was ich damit sagen will: Letzten Endes steht oder fällt mit unserem öffentlichen Dienst die Stabilität unserer gesellschaftlichen Ordnung. Deswegen ist die Lage wirklich ernst.

Im öffentlichen Dienst fehlen uns aktuell 300.000 Kolleginnen und Kollegen. In der frühkindlichen Bildung, in Schulen und Berufsschulen. Bei den Sicherheitsbehörden, in Justiz und Finan-

zämtern. Im Gesundheitsdienst, in der Pflege, in der Sozialen Arbeit. Im technischen Dienst, bei den Bürgerdiensten, in der Lebensmittelkontrolle, in Natur- und Umweltschutz. Damit nicht genug.

In den kommenden zehn Jahren werden zudem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen.

Damit steht uns ein ganz gewaltiger Verlust von Arbeitskraft und Knowhow ins Haus. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit, den der öffentliche Dienst zu bewältigen hat – und leider sind wir bislang noch nicht einmal richtig aus den Startlöchern gekommen.

Das ist wirklich dramatisch.

Wir müssen schleunigst die Beine in die Hand nehmen und zusehen, dass wir den öffentlichen Dienst mit sinnhafter Digitalisierung und nachhaltiger Personalpolitik fit für die Zukunftsauf-



Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender.

gaben bekommen. Wir müssen investieren! Dauerhaft! Nichts gegen eine solide Haushaltspolitik. Aber das darf nicht heißen, dass Investitionen in die Tragfähigkeit des öffentlichen Dienstes und der Daseinsvorsorge immer wieder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden! Die Zeiten, in denen der Rotstift immer wieder an den öffentlichen Dienst gesetzt wird, müssen endgültig und nachhaltig vorbei sein! Die Bewältigung drängender Herausforderungen darf nicht an mangelndem Personal scheitern. Es kann doch nicht sein, dass die Gewinnung eines Ingenieurs für eine Behörde als Coup gefeiert wird und die Einstellung von Fachkräften für den Straßenbau als Sensation gilt. Ganz ehrlich: Wir verspielen ein Stück Zukunft in Deutschland, wenn

wir den Sanierungsfall öffentlicher Dienst jetzt nicht zukunftsfest machen. Dann kippt nicht nur die Stimmung gegenüber dem Staat, sondern dann ist irgendwann auch der Punkt erreicht, an dem der öffentliche Dienst kein Standortvorteil für Deutschland mehr ist. Wenn ein Investor monatelang auf Genehmigungen warten muss, überlegt er sich dreimal, ob es andernorts nicht vielleicht doch attraktiver ist. Ich fordere die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen ausdrücklich auf: Lasst die Beschäftigten, die ihre Pflicht erfüllen und jeden Tag ihr Bestes geben, nicht im Regen stehen! Macht endlich Euren Job, damit die Kolleginnen und Kollegen ihren machen können! Deutschlands öffentlicher Dienst gilt weltweit als einer der besten. Wir wollen, dass das so bleibt! Das Geld, das die öffentliche Hand so gerne für externe Berater ausgibt, wäre zum Beispiel richtig gut investiertes Kapital, wenn es direkt in den öffentlichen Dienst flösse. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar und schon gar nicht akzeptabel, dass sich der Staat externen Sachverständigen zu Preisen im dreistelligen Millionenbereich einkauft.

Die ausgewiesene Kompetenz liegt bei unseren Kolleginnen und Kollegen. Dieses Potenzial muss gehoben und gefördert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns ist natürlich auch klar, dass die Frage, ob und wie unser Staat funktioniert, nicht nur von innenpolitischen Entwicklungen und Entscheidungen abhängt. Denn das Grundgesetz verankert unser Land seit jeher fest in einem Europa, das staatliche Aufgaben mit überstaatlicher Zusammenarbeit verbindet. Ich bin davon überzeugt, dass ohne die feste europäische Einbindung gerade auch die deutsche Einheit kaum möglich gewesen wäre. Das dürfen wir nicht anzweifeln und dessen müssen wir uns stets bewusst sein. Insbesondere dann, wenn Gewissheiten auf dem Spiel stehen. Wie sehr die Dinge ins Rutschen kommen können, zeigt die politische Entwicklung der jüngsten Vergangenheit: Die Rückkehr der Extreme, das Schrumpfen der sogenannten politischen Mitte – das sind ja alles keine ganz unbekanntenen Phänomene. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung steht in mehreren EU-Staaten unter Druck. Europa muss auf diesem Weg fest zusammenhalten. Wir dürfen uns nicht von Dritten auseinanderdividieren lassen.

Die neue Kommission steht da vor enormen Herausforderungen und sie

muss klare Haltung zeigen. Insbesondere dort, wo rechtsstaatliche Prinzipien gefährdet sind. Und es ist an jedem von uns, sich einzubringen und dieses Land und das Zusammenleben hier und in Europa zu gestalten.

Für uns im öffentlichen Dienst ist klar: Auch wir sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und Europas. Auch wir dürfen Politik und politische Entscheidungen kritisch sehen, auch wir müssen längst nicht mit allem einverstanden sein. Klar ist aber auch: Kritik ist das eine, Systemkritik ist etwas anderes. Wir stehen mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Für Extremisten ist bei uns kein Platz. Deswegen sage ich an dieser Stelle in Richtung Bundesregierung: Das in diesem Herbst verabschiedete Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität ist der richtige Weg. Und in Anbetracht der rechtsextremistischen Verdachtsfälle bei verschiedenen Behörden ist es in diesem Zusammenhang auch angemessen, den Blick ebenso auf den Staatsdienst zu richten. Wir wissen, dass es sich um Einzelfälle handelt, daher ist ein Generalverdacht gegen die Beschäf-

tigten mit allem Nachdruck zurückzuweisen. Aber jeder extremistische Ausfall ist einer zu viel. Deswegen ist es richtig, getreu dem Prinzip „Wehret den Anfängen“ schnell und konsequent zu handeln

Sehr geehrter Herr Minister Seehofer, an diesem Punkt müssen wir aber natürlich die Frage stellen: Wo soll das für die zusätzlichen Aufgaben erforderliche Personal bei Polizei, Verfassungsschutz und Justiz denn herkommen? Zu Recht wird stets und immer auch von der Politik hervorgehoben und gefordert, dass ein guter Rechtsstaat effektiv sein muss – das hören wir jahrein, jahraus.

Aber unser Rechtsstaat wurde in den letzten Dekaden ebenso jahrein, jahraus personell derart geschrumpft, dass sein Zustand aktuell höchst kritisch ist. Der „Pakt für den Rechtsstaat“, den die Große Koalition zugesichert hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch lange keine nachhaltige Lösung des Problems. Auch hier brauchen wir eine tragfähige Kombination aus Personalverstärkung, Aufgabenkritik, Digitalisierung und Attraktivitätssteigerung für die Nachwuchsgewinnung. Gerade

mit Blick auf die Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erwarten wir in der anstehenden Einkommensrunde mit Bund und Kommunen deutliche Signale.

Es geht um Wertschätzung und Wettbewerbsfähigkeit.

Auf den guten Ergebnissen des vergangenen Jahres für den Länderbereich werden wir uns nicht ausruhen. Damit haben wir Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung gehalten und einen ehrlichen Kompromiss erzielt. Unsere Erwartungshaltung für die Gespräche mit Bund und Kommunen ist vor diesem Hintergrund klar: Kein Zeitspiel! Keine Ausreden! Kontinuierliche Arbeitsverdichtung, starke Belastungen und vor allem gestiegene gesundheitliche Beeinträchtigungen sind seit Jahren die Begleiter der Kolleginnen und Kollegen.

Das Thema Arbeitszeit hat in den vergangenen Jahren an Fahrt gewonnen. Flexibilität und Souveränität sind hier die Stichworte. Wir nehmen wahr, dass das den Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennt. Und für die junge Generation, die wir gewinnen wollen, ist das ohnehin ein Topthema. ■



Justizvollzug wirbt um Personal bei Berufsmesse

Am 10. und 11. Januar 2020 fand in den Messehallen in Halle/S. die Berufsfindungsmesse statt. In den Ausstellungs-bereichen der Messe Chance Halle zeigten auch wir Präsenz.

Fachlich kompetente Bedienstete der Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt und Mitarbeiter des Justizministeriums waren vor Ort. Sie erläuterten den jungen Besuchern unseren anspruchsvollen Berufszweig von A bis Z und standen bei Fragen Rede und Antwort. Besonderes Interesse fand der Gefangentransportwagen, der Vorort auch von innen besichtigt werden konnte. Fotos (3): BSBD SA ■



V.l.n.r.: H. Bönning (Staatssekretär der Justiz), M. Pinkert (BSBD S/A), W. Reichel (Leiter Abt.III), K-H. Krygier (ehem. Anstaltsleiter v. Magdeburg), J. Stach (Anstaltsleiter v. Halle), Dr. Hartwig (ehem. Leiter Abt. III), G. Schroven (ehem. Leiter der Justizschule v. S/A) und Th. Naumann (ehem. amt. Leiter der Abt. III).

Fotos (3): BSBD SA

Dienstältester Anstaltsleiter geht in Pension

Drei Jahrzehnte außerordentliches Engagement im Justizvollzug

Der langjährige Anstaltsleiter der JVA Halle, Hans-Jürgen Stach, wurde am 19. Dezember 2019 im Rahmen einer Feierstunde verabschiedet.

An der festlichen Veranstaltung nahmen seine ehemaligen Amtskollegen, Vertreter des Ministeriums sowie Kolle-



BSBD-Landesvorsitzender Pinkert wünscht dem scheidenden Anstaltsleiter Stach alles Gute für den Ruhestand.



Blick in die Gästerunde.

gen und Kolleginnen aus den Justizvollzugsanstalten des Landes teil.

Den ehemaligen Anstaltsleiter würdigte die **Justizministerin Anne-Marie Keding** in einer Pressemitteilung. Sie verwies auf die Verdienste **Stachs** beim Aufbau der Justizvollzugsstrukturen in Sachsen-Anhalt und dankte ihm für sein seit drei Jahrzehnten gezeigtes außerordentliches Engagement für einen sicheren und resozialisierenden Justizvollzug.

Frau Keding sagte, man könne **Herrn Stach** mit Fug und Recht als Urgestein des sachsen-anhaltischen Justizvollzugs bezeichnen.

Von 1991 bis 2005 leitete **Herr Stach** die JVA Dessau, im Anschluss übernahm er die Leitung der JVA Halle und ab 2014 auch zusätzlich die Leitung der Jugendarrestanstalt.

Thomas Naumann seit 1. Januar neuer Anstaltsleiter

Nachfolger als Anstaltsleiter wird ab dem 1. Januar 2020 **Thomas Naumann**. Der 49-jährige Volljurist war bisher im Ministerium für Justiz und Gleichstellung tätig.

Ministerin Keding gratulierte **Thomas Naumann** zur Bestellung und wünschte ihm viel Erfolg bei der Erfüllung seiner verantwortungsvollen Arbeit, insbesondere bei der Begleitung des geplanten Neubaus der JVA Halle.

(siehe Pressemitteilung MJ v. 19. Dezember 2019). ■

Jahresabschluss des Ortsverband Burg

Am 11. Dezember 2019 hatte der Vorstand des Ortsverbandes Burg seine Mitglieder zum Jahresausklang bei gemütlichem Beisammensein eingeladen.

Vor der Einkehr im Restaurant Meteora organisierte **Axel Rojahn** eine Gästeführung „Burgvogt zu Burg“ bei der Tourist-Information Burg. Die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen waren allesamt von der Führung begeistert. Der einzige „Wermutstropfen“ an diesem Tag war das Wetter.

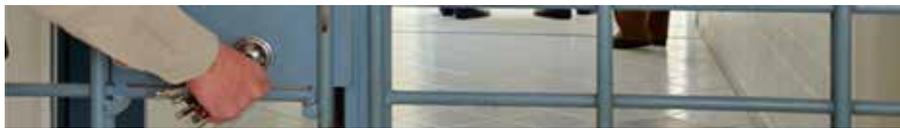
Nach einer Stunde Führung durch Burg freuten sich alle auf das warme griechische Restaurant und natürlich auf das leckere Essen, welches hier auf uns wartete. Alles in allem war es ein schöner Jahresabschluss, den unser Vorstandsmitglied **Axel Rojahn** organisierte. **Danke Axel.**

Jörg Hagendorf

Vorsitzender Ortsverband Burg ■

Justizvollzug bedeutet Sicherheit

dafür steht der BSBD - LV Sachsen-Anhalt



Eine starke Mannschaft, für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Justiz und Gleichstellung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bitte folgt unserem Aufruf und motiviert eure Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme für die **HAUPTPERSONALRATSWAHL** im Jahr 2020 zugeben.

Welche Ziele verfolgen wir aktuell?

- Sicherheit ist wichtig für die Gesellschaft
- Kein Stellenabbau im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Einhaltung der Fürsorgepflicht für „**ALLE**“ Bediensteten
- Verbesserung der Wertschätzung „**ALLER**“ Mitarbeiter
- Verbesserungen der Arbeitsbedingungen



Wählt die Liste
Justizvollzug
bedeutet
Sicherheit

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug
LV Sachsen-Anhalt

KOMMT ZUR WAHL! Wer verhindert ist, nutze bitte die Chance der Briefwahl.



Teilnehmer beim Jahresausklang des OV Burg in gemütlicher Runde.

Foto: BSBD S-A